



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2002

Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. Sept. 2002

Mahnig, Fabian ; Milic, Thomas

Other titles: Analyse des votations fédérales du 22 septembre 2002. Analisi della votazione federale del 22 settembre 2002

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-167817>

Published Research Report

Published Version

Originally published at:

Mahnig, Fabian; Milic, Thomas (2002). Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. Sept. 2002.

Bern: GfS Bern.



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002

Fabian Mahnig, Thomas Milic

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Volksinitiative "Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Goldinitiative)"	985 224 47.6%	1 083 802 52.4%
Gegenentwurf der Bundesversammlung "Gold für AHV, Kantone und Stiftung"	984 590 48.2%	1 057 327 51.8%
Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)	971 775 47.4%	1 078 112 52.6%
Stimmbeteiligung	44.9%	



Forschungsinstitut
Büro Bern, Hirschengraben 5, 3011 Bern
Telefon 031 311 08 06, Telefax 031 311 08 19
gfs@gfs-be.ch

**Universität
Zürich** Institut für Politikwissenschaft
Abteilung Innenpolitik/Vergleichende Politik
Karl-Schmid-Str. 4, 8006 Zürich
Telefon 01 634 38 41, Telefax 01 634 49 25

November 2002 · Publikation Nr. 78

Die Hauptergebnisse der VOX-Analyse zu den

Volksabstimmungen vom 22. September 2002

Am 22. September 2002 hatten die Stimmberechtigten über zwei Vorlagen zu befinden: Einerseits über die von der SVP eingereichte Initiative zur Verwendung der überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank für den AHV-Fonds (Goldinitiative) und den damit verbundenen Gegenentwurf des Bundes („Gold für AHV, Kantone und Stiftung“), andererseits über das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG). Bei der ersten Vorlage waren gleich drei Abstimmungsfragen zu beantworten: Erstens die Frage nach der Annahme der Goldinitiative, zweitens die Frage nach der Annahme des Gegenvorschlages, und drittens die Stichfrage für den Fall, dass beide Vorlagen angenommen worden wären. Alle Vorlagen wurden abgelehnt — wenn auch denkbar knapp.

Die Stimmbeteiligung lag mit 44,9 Prozent etwas über dem Durchschnitt der 90er Jahre (43%). Die Debatte um die inskünftige Verwendung der Nationalbankreserven wurde teilweise heftig geführt. Die SVP als Urheber der Goldinitiative machte insbesondere gegen die geplante Solidaritätsstiftung mobil, welche in ihren Augen das Ergebnis von Erpressungsversuchen aus dem Ausland war. Wenig erstaunlich vermochte sich deshalb eine deutliche Mehrheit der Stimmenden (88%) an das Abstimmungsthema der Goldinitiative zu erinnern. Der Gegenentwurf blieb hingegen nur 45 Prozent der Stimmenden in Erinnerung, obwohl die Grundfrage, nämlich die Verwendung der überschüssigen Goldreserven, die gleiche war wie bei der Goldinitiative. An das Thema des EMG konnten sich mehr als zwei Drittel der Stimmenden (67%) erinnern. Allen drei Vorlagen wurde eine unterdurchschnittliche nationale Bedeutung zugesprochen, wobei die Befragten der Goldinitiative sowohl für sich selbst wie auch für das Land eine höhere Bedeutung zumassen als dem Gegenentwurf. Der Entscheid fiel den Stimmenden bei der Goldinitiative und dem Gegenentwurf leichter als beim EMG. Dies hängt wohl mit der höheren materiellen Komplexität des EMG zusammen.

Die Goldinitiative und der Gegenentwurf des Bundes

Der Graben zwischen der Befürworterschaft und der Gegnerschaft beider Vorlagen verlief entlang den politischen Konfliktlinien. Stimmende, welche sich politisch links einstufen und SP-SympathisantInnen haben den Gegenentwurf massiv angenommen bzw. die Goldinitiative deutlich verworfen. Auf starke Ablehnung stiess der Gegenentwurf bei der Anhängerschaft der SVP und bei Stimmenden, welche sich politisch rechts einstufen. Diese stimmten der Goldinitiative hingegen mehrheitlich zu. Der ideologisch geprägte Konfliktcharakter der Abstimmung spiegelt sich auch in den Einstellungen zur Öffnungsfrage wider: Wer sich für eine vermehrte Öffnung der Schweiz gegen aussen hin aussprach, verwarf die Goldinitiative mehrheitlich (63%). Wer dem Öffnungskurs der Schweiz eher skeptisch oder gar ablehnend gegenübersteht, legte jedoch mehrheitlich ein Ja zur Goldinitiative und ein Nein zum Gegenentwurf in die Urne. Die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen soziodemographischen Gruppen wirkte sich weniger stark auf den Stimmentscheid aus als die politischen Merkmale. Dies wird auch bei der Analyse der Doppel-Nein-Stimmenden deutlich: Ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Doppel-Nein-Stimmenden findet sich einzig bei der CVP- und FDP-Anhängerschaft (34 bzw. 30%) sowie bei denjenigen, welche sich rechts von der Mitte einstufen. Der geringe Anteil von Doppel-Ja-Stimmenden bei der SP (7%) deutet auf einen ideologisch aufgeladenen Abstimmungskampf hin: Offenbar wollte oder konnte man auf Seiten der SP den Stimmentscheid zur SVP-Goldinitiative nicht losgelöst von ihrer Herkunft sehen.

Bei der Analyse der Stimmmotive wird deutlich, dass die Haltung zur Solidaritätsstiftung den Stimmentscheid stark beeinflusste. Fast die Hälfte (47%) der zum Gegenentwurf Nein-Stimmenden begründete ihren Entscheid mit der Ablehnung der Solidaritätsstiftung. Dieselbe Begründung wurde auch von 24 Prozent der Befürworterschaft der SVP-Goldinitiative als Ja-Motiv angeführt, obwohl die Solidaritätsstiftung nicht Bestandteil der Vorlage war. Ein weiteres Motiv, welches sowohl von der Gegnerschaft wie auch von der

Befürworterschaft beider Vorlagen häufig genannt wurde, war der Verwendungsmodus. 22 Prozent der zur Goldinitiative Nein-Stimmenden bemängelten die Einseitigkeit der Verwendung zugunsten der AHV. Bei der Befürworterschaft des Gegenentwurfs wurde hingegen die Verteilung am häufigsten als Motiv für den positiven Stimmentscheid angeführt. Kaum jemand begründete jedoch seinen Stimmentscheid mit dem Argument, den Kantonen mehr als ein Drittel der Nationalbankgewinne zukommen zu lassen.

Inhaltlich stark polarisiert haben die Argumente gegen die Solidaritätsstiftung. Zudem stehen sie auch am stärksten mit dem Stimmverhalten in Einklang. 81 Prozent derjenigen, welche glaubten, dass es sich beim Gegenentwurf um eine versteckte Einführung der Solidaritätsstiftung handle, verwarfen die Vorlage auch. Bei keinem anderen Argument ist diese Verhaltenskonsistenz höher. Das Sparargument, wonach mit dem Gegenentwurf das Goldvermögen in seiner Substanz erhalten bliebe, wie auch das Argument, wonach die SVP-Goldinitiative die Probleme der AHV nicht löse, erfuhren eine hohe Zustimmung seitens aller Stimmenden, motivierten aber offenbar nicht den Stimmentscheid. Die Doppel-Nein-Stimmenden fanden alle anderen Kontra-Argumente überzeugender als die beiden Doppel-Nein-Argumente, wonach die Goldreserven für den Schuldenabbau verwendet werden sollten und wonach weder Goldinitiative noch Gegenentwurf den Kantonen geben würden, was ihnen zustehe: nämlich zwei Drittel der Nationalbankgewinne. Dies wie auch die Analyse der Stimmmotive deuten darauf hin, dass die Doppel-Nein-Argumente beim Stimmentscheid eine sehr geringe Rolle spielten.

Schliesslich wurde in der Umfrage auch die Akzeptanz der Stimmenden zu vier Verwendungsvorschlägen - zur Finanzierung der AHV, zur Finanzierung des Bildungswesens, zum Schuldenabbau und als Beiträge an die Kantone — untersucht. Dabei konnten die Stimmenden angeben, ob sie eine vollständige, mehrheitliche, minderheitliche oder gar keine Verwendung für den jeweiligen Zweck bevorzugen. Die Analyse zeigt, dass eine vollständige Verwendung der Nationalbankreserven für nur einen Zweck nicht den Vorstellungen der Stimmenden entspricht. Für eine vollständige Verwendung der überschüssigen Reserven zur Finanzierung der AHV sprachen sich nur 18 Prozent der Stimmenden aus. Bei den anderen drei Verwendungsvorschlägen liegt dieser Anteil noch tiefer. Hingegen ist die Zustimmung für eine Kompromisslösung, also eine mehrheitliche oder minderheitliche Verwendung, bei allen Verwendungsvorschlägen am grössten. Dies deutet darauf hin, dass der Gegenentwurf nicht an seinem Kompromisscharakter scheiterte. Bei keinem Verwendungsvorschlag findet sich zudem eine Mehrheit von Stimmenden, welche ganz auf eine Verwendung verzichten möchte: Nur 13 Prozent der Stimmenden wollten die Nationalbankreserven in keiner Form für die Finanzierung der AHV verwenden. Für die Finanzierung des Bildungswesens und für einen Beitrag an die Kantone beträgt der Anteil jeweils 19 Prozent, für den Schuldenabbau 38 Prozent.

Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)

Obwohl die Befürworterschaft bemüht war, die freie Stromwahl sowie die positiven Auswirkungen auf den Strompreis in den Vordergrund zu rücken, wurde von den Befragten hauptsächlich der Aspekt der Liberalisierung und der Privatisierung — letzteres war gar nicht Thema des EMG — wahrgenommen. Die Liberalisierung wurde zudem in der französischen Schweiz, wo das EMG deutlich abgelehnt wurde, weitaus stärker wahrgenommen als in der Deutschschweiz.

Abgelehnt wurde das EMG vor allem von den PrivatisierungsgegnerInnen und von Stimmenden mit geringem Regierungsvertrauen. Bei den ersten handelt es sich meist um Personen mit tiefer Bildung und tiefem Einkommen sowie um ältere Stimmberechtigte. Zudem sprachen sich in der Romandie die Stimmberechtigten viel deutlicher für eine Beibehaltung von Staatsbetrieben aus als in der Deutschschweiz, was wohl auf ein generell höheres Vertrauen in die Tätigkeiten des Staates in der französischen Schweiz zurückzuführen ist. Geringes Regierungsvertrauen — der zweite bestimmende Faktor für den Stimmentscheid — lässt sich an politische Determinanten festmachen. Die SympathisantInnen der SVP zeigten zu 70 Prozent kein

Regierungsvertrauen, mehr als doppelt so viel wie bei den anderen Bundesratsparteien.

Bei den GegnerInnen des EMG überwogen die wirtschaftlichen Motive. 24 Prozent sprachen sich gegen Liberalisierung und Privatisierung aus und weitere 15 Prozent befürchteten Wettbewerbsnachteile und steigende Preise. 13 Prozent sahen nicht ein, weshalb die bestehende Rechtslage geändert werden sollte und sprachen sich für den Status quo aus. Bei den BefürworterInnen des EMG wurden häufig dieselben Motive genannt wie bei den GegnerInnen, aber mit einer positiven Konnotation. 19 Prozent sprachen sich zugunsten einer Liberalisierung aus und weitere 9 Prozent hielten sie ohnehin für unvermeidlich. 18 Prozent befürworteten das EMG, weil sie sich von ihm Wettbewerbsvorteile und Preissenkungen versprachen. Auffallend ist die geringe Relevanz der ökologischen Motive.

Datenbasis

Die vorliegende Untersuchung beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung der Volksabstimmung vom 22.9.2002. Die Befragung wurde vom GfS-Forschungsinstitut in den zwei der Abstimmung folgenden Wochen durchgeführt. Die Datenanalyse erfolgte durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Zürich (IPZ). Die Befragung wurde von 43 BefragerInnen von zu Hause aus telefonisch durchgeführt, wobei das GfS-Forschungsinstitut die Möglichkeit hatte, die Interviews extern, und ohne dass dies für die BefragerInnen und die Befragten erkennbar war, zu beaufsichtigen. Die Auswahl der Befragten wurde in einem dreistufigen Zufallsverfahren ermittelt. Der Stichprobenumfang betrug 1003 stimmberechtigte Personen, davon kamen 703 (70%) aus der Deutschschweiz, 240 (24%) aus der Westschweiz und 60 (6%) aus der italienischsprachigen Schweiz. Der Stichprobenfehler für die Gesamtheit der Befragten lag bei +/- 3,1 Prozent. Vorsicht bei der Interpretation der Daten ist dort geboten, wo die Subsamples klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist (50:50). In solchen Fällen können auf Grund des grösseren Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden.

[Erläuterungen des Bundesrates.](#)

